

„Grundschule Ullersdorf – Vertrag ist Vertrag“

Im Gespräch mit Ullersdorfer Ortsvorsteher Frank-Peter Wieth
die Radeberger, 15. Juli 2011

Der Beschluss des Radeberger Stadtrats vom 29. Juni, die Ullersdorfer Grundschule zum Schuljahresbeginn 2013/14 zu schließen, schlägt hohe Wellen. Zu den Gründen, die die Stadtratsmehrheit von SPD, Freien Wählern und Linken bewogen haben, diesen Beschluss zu fassen, hat in der letzten Ausgabe der Radeberger Oberbürgermeister Lemm (SPD) ausführlich Stellung genommen. Heute nun folgt zu diesem Thema das Interview mit dem Ullersdorfer Ortsvorsteher Frank-Peter Wieth (CDU) und dem Ullersdorfer Ortschaftsratsmitglied und „Streitvertreter“ Dr. Jürgen Rühmann (SPD).

Herr Wieth, der Oberbürgermeister behauptet, mit der durch die staatlichen Schulbehörden erzwungenen Schließung der Mittelschule Großerkmannsdorf sei auch die Grundlage für die Zusicherung des dauernden Fortbestands der Ullersdorfer Grundschule weggefallen. Sehen Sie das auch so?

Nein, absolut nicht. Die beiden von Ihnen korrekt zitierten Festlegungen stehen in keinerlei Abhängigkeitsverhältnis zueinander.

Die Gemeinde Ullersdorf hat mit der Stadt Radeberg und der Gemeinde Großerkmannsdorf am 6. März 1998 einen Eingemeindungsvertrag geschlossen, der für die Stadt Radeberg vom heutigen Oberbürgermeister Lemm (SPD) und für Großerkmannsdorf vom heutigen Ortsvorsteher Harry Hauck (Freie Wähler) unterschrieben worden ist.

In Bezug auf die Grundschule Ullersdorf wurde dort Folgendes festgelegt: „Die Stadt Radeberg gewährleistet vorbehaltlich der erforderlichen staatlichen Genehmigungen, die zu beantragen sie sich verpflichtet, den dauernden Erhalt der Grundschule in Ullersdorf mit den Einzugsbereichen Ullersdorf und Großerkmannsdorf. Soweit zu diesem Erhalt erforderlich, wird sie den Einzugsbereich ihrer anderen Grundschulen entsprechend verändern“. Für Großerkmannsdorf wurde Entsprechendes für die Mittelschule in Großerkmannsdorf festgelegt.

Ullersdorf hätte Großerkmannsdorf gewünscht, dass die Mittelschule erhalten bleibt oder, nachdem dies nicht mehr möglich war, in deren Gebäude auf Dauer eine eigene Grundschule für die Kinder aus Großerkmannsdorf eingerichtet worden wäre. Leider genügen aber dafür die Schülerzahlen beider Ortsteile nicht, um dauerhaft in beiden Ortsteilen je Jahrgang jeweils eine Klasse zusammenzubekommen. Andererseits werden in den nächsten Jahren auch immer wieder so viele Kinder aus beiden Ortsteilen in die Grundschule gehen, dass die fünf derzeitigen Klassenräume der Ullersdorfer Grundschule nicht genügen. Hinzu kommt die Sanierungsbedürftigkeit der Turnhalle. In dieser Situation muss nun in der Tat – für die Zeit nach 2015, wenn die derzeitige Ausnahmegenehmigung für die Grundschul-Außenstelle in Großerkmannsdorf ausläuft – rechtzeitig entschieden werden, wo die gemeinsame Grundschule dann ist, und die dafür erforderliche Investition in Gang gesetzt werden. Dazu enthält aber der Eingemeindungsvertrag die von Ihnen zitierte eindeutige Aussage. Und dass diese nicht durch die Mittelschulschließung hinfällig geworden ist, versteht man sofort, wenn man einmal unterstellt, die Mittelschule bestünde weiter. Denn dann wäre sowieso kein Platz im Schulgebäude von Großerkmannsdorf für die Grundschule – nicht einmal allein für die Großerkmannsdorfer Kinder.

Der Oberbürgermeister, die Linke und die SPD-Stadtratsfraktion empfanden die Notwendigkeit, am 29. Juni eine Entscheidung zur künftigen Grundschulversorgung von Ullersdorf und Großerkmannsdorf treffen zu müssen, als Zumutung. Wie stehen Sie dazu?

Alle Beteiligten haben gewusst, dass es einmal zu dieser Entscheidung im Stadtrat kommen muss.

Schon im Jahr 2008 nahm das Thema parallel zu der Bürgermeisterwahl in Radeberg Fahrt auf. Herr Lemm und Herr Hauck nahmen einen Termin bei der Sächsischen Bildungsagentur wahr. Sie kamen mit dem Ergebnis zurück, Ullersdorf müsste geschlossen werden und Großerkmannsdorf solle der Grundschulstandort werden. Ich habe dann dafür gesorgt, dass ein neuer Termin bei der Sächsischen Bildungsagentur vereinbart wird, an dem von Seiten der Stadt und der Ortsteile Herr Lemm, Herr Hauck, Herr Dr. Rühmann und ich teilgenommen haben. Dabei sowie in vielen begleitenden Gesprächen mit dem Kultusministerium ist es gelungen, einen Kompromiss zu erreichen. Es blieb bei dem Grundschulstandort Ullersdorf, und für die Unterrichtung der Großerkmannsdorfer Kinder in Großerkmannsdorf haben wir eine Ausnahmegenehmigung bis 2015 erwirkt. Schon damals hat Herr Hauck aber erklärt, dass er an seinem Bestreben, den Grundschulstandort Ullersdorf nach Großerkmannsdorf zu verlagern, festhalten werde. Entsprechend dem dort vereinbarten Kompromiss, bis 2015 das Raumproblem in Ullersdorf zu lösen, wurden im Stadtrat die Mittel für die Turnhalle einschließlich der fehlenden Räume in die Mittelfristige Finanzplanung aufgenommen und die Planungsmittel eingestellt. Wie ja bekannt ist, hat Herr Lemm die Planungsmittel dann aber nicht bereitgestellt. Im nächsten Haushalt wurde die Halle wieder in die Mittelfristige Finanzplanung genommen, aber keinerlei Planungsmittel mehr eingestellt. Im jetzigen Doppelhaushalt führt die Stadt ihre Rücklagen gegen Null, so dass niemand weiß, wie viel Geld aufgrund der Einnahmen ab 2013 da sein wird. Hinzu kommt, dass jetzt zahlreiche andere Bauprojekte innerhalb und außerhalb des Schulbereichs von der Stadtratsmehrheit als vorrangig eingestuft werden.

Warum haben Sie als Ortsvorsteher jetzt im Stadtrat den Antrag auf Fördermittel für einen kombinierten Turnhallen- und Schulraumbau in Ullersdorf nach der neuen Förderrichtlinie (sog. ILE-Fördermittel) gestellt und als CDU-Fraktion ein Grund- und Mittelschulkonzept für Radeberg gefordert, obwohl Ihnen der Oberbürgermeister schon bei der Einbringung des Konzeptantrags für diesen Fall im Stadtrat mit der Schließung Ihrer Grundschule gedroht hat?

Aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit habe ich frühzeitig erfahren, dass erhebliche Mittel für dieses Programm für Kitas und Schulen zur Verfügung gestellt werden. Die Höchstförderung beträgt 75% von der Nettobausumme. Allerdings muss auch der Passivhausstandard zur Energieeinsparung beachtet werden. Das erhöht zwar die Kosten, aber eben auch die Fördersumme. Zudem spart es in den Folgejahren ganz erhebliche Betriebskosten, insbesondere für die Beheizung. Die Stadtverwaltung hat aufgrund des Antrags des Ortschaftsrats Ullersdorf entsprechende Berechnungen mit Hilfe eines Architekten angestellt. Der Stadtrat hat schon in einer Vielzahl anderer Fälle völlig zu recht versucht, Fördermittel zum Wohle der Stadt einzuwerben. Von daher haben wir in Ullersdorf es für zwingend gehalten, diese Fördermittel zu beantragen, zumal wir damit sehr schnell waren. Die Vergabe erfolgt auch hier nach dem Windhundprinzip. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Drohgebärden halte ich in diesem Zusammenhang für unangebracht. Im Übrigen zeigen ja auch die Argumentation und die Handlungen der letzten Jahre von Herrn Lemm, dass es ihm nicht um den dauerhaften Erhalt des von ihm vertraglich zugesicherten

Grundschulstandortes Ullersdorf ging, sondern nur darum, die Entscheidung so lange wie möglich hinauszuzögern, konkret: auf die Zeit nach der Kommunalwahl in 2014 bzw. der OB-Wahl in 2015!

Welche Folgen hat diese Entscheidung für Ullersdorf?

Die Verwirklichung unseres Projektes hätte viel bewirkt. Der Schulunterricht hätte die notwendigen optimalen Rahmenbedingungen, die Vereine hätten die für sie notwendigen Trainingsmöglichkeiten erhalten. Das kulturelle Leben hätte genügend Raum gehabt und wir hätten die Unterhaltslasten für den seit Längerem leer stehenden alten Gasthof nicht mehr. Wir haben ein gelungenes und bezahlbares Konzept für Ullersdorf vorgelegt. Jetzt hätten wir, wenn es käme, die Lasten für den alten Gasthof und die Schule, beide als Leerstände, zu tragen. Neben diesen finanziellen Gesichtspunkten würde Ullersdorf einen wesentlichen Teil seines Ortsmittelpunktes und damit erheblich an Attraktivität verlieren. Bisher hatten wir, im Gegensatz zu anderen Ortsteilen und der Kernstadt, nie Probleme, Baugrundstücke – gerade auch an Familien – zu vergeben. Das neue Baugebiet am Golfplatz war innerhalb eines halben Jahres verkauft. Die Schule ist für die Familien, die zu uns ziehen oder hier bleiben, ein elementarer Bestandteil unseres Dorfes; ihr Verlust ist ein Sargnagel für unseren Ortsteil. Schule bedeutet Leben, Aktivität und vor allem Kinder für unsere Gemeinschaft. Auch der Hort und damit das ganze Kinderhaus „Gaby Schommer“ hängen daran.

Herr Dr. Rühmann, Sie sind der Streitvertreter von Ullersdorf und haben für Ullersdorf zusammen mit dem damaligen Bürgermeister und dem Altbürgermeister den Eingemeindungsvertrag ausgehandelt. Wie beurteilen Sie die Stadtratsentscheidung aus juristischer Sicht und was empfinden Sie dabei als einer der „Väter“ des Eingemeindungsvertrags?

In erster Linie fühle ich mich als Ortschaftsratsmitglied, dem am Wohlergehen unseres Ortes in guter Zusammenarbeit mit der Stadt Radeberg gelegen ist. Mit diesem Ziel haben wir den Vertrag damals ausgehandelt und dort für Ullersdorf den Grundschulstandort mit dem Einzugsbereich der beiden Ortsteile dauerhaft festgeschrieben. Solche Verträge haben es an sich, dass sie nicht nur für einige wenige Jahre gelten, sondern die dauerhafte Grundlage für die Eingemeindung sind. Wir haben bis vor wenigen Jahren auch keinen Grund gehabt, an der Vertragstreue von Radeberg zu zweifeln. Deshalb ist meine Wahl als Streitvertreter, also als derjenige, der die Rechte Ullersdorfs aus dem Vertrag notfalls auf Beschluss des Ortschaftsrates gerichtlich geltend machen muss, von uns allen mehr als bloße Formalie empfunden worden. Dass nun ausgerechnet diese Notfallklausel im Vertrag herangezogen werden muss, bedauern meine Ratskollegen und ich sehr.

Welche Rolle hat der Grundschulstandort bei der Eingemeindung gespielt?

Eine ganz Entscheidende! Ab 1996, als klar wurde, dass die Staatsregierung kleine Gemeinden am Rande der Großstädte nicht mehr dulden würde, gab es eine längere und heftige Diskussion, ob Ullersdorf sich Dresden oder Radeberg anschließen sollte. Letztlich fand 1997 ein Bürgerentscheid statt, in dem sich die Ullersdorfer gegen Dresden und damit für Radeberg entschieden haben. In den Flugblättern zur Abstimmung wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass die Grundschule Ullersdorf nur bei Aufrechterhaltung des Verbundes mit Großerkmannsdorf erhalten bleiben würde, und dass das nicht möglich sein würde, wenn wir zu Dresden kämen.

In der letzten Ortschaftsratssitzung hat auch der Vergleich der räumlichen Ausstattung zwischen Großerkmannsdorf und Ullersdorf eine Rolle gespielt. Ihre Kinder haben die Grundschule Ullersdorf besucht bzw. besuchen sie noch. Wie viele Räume fehlen tatsächlich? Sind die Räume so klein, dass sie nicht zumutbar bzw. zulässig sind?

Zunächst einmal zur Raumgröße: Alle Räume entsprechen vollauf den Anforderungen. Weiter wird zwar in der Diskussion immer wieder auf das Fehlen von zwei Klassenräumen hingewiesen. Dabei geht man davon aus, dass drei der vier Klassenstufen zweizügig geführt werden, also insgesamt sieben Klassenräume notwendig sind. Derzeit werden fünf Räume als Klassenzimmer genutzt. Es gab aber bis zum Beginn der 2000er Jahre einen sechsten Klassenraum, der sodann zum Computerkabinett umgestaltet wurde. Auch dieser Raum ist groß genug, um eine Schulklasse aufzunehmen. Die Zeit, wo ein Computerkabinett mit der ganzen raumgreifenden Rechentechnik und ihrer Verkabelung erforderlich war, dürfte sich aber im heutigen Zeitalter der Laptops, Netbooks und Tablet-PC's dem Ende zuneigen. Was spräche denn dagegen, einen Klassensatz dieser modernen Geräte anzuschaffen und in der Schule ein W-LAN einzurichten, so dass der Computerunterricht dann im normalen Klassenzimmer an den dortigen Pulten erfolgen kann. Dann wäre der sechste Raum wieder frei und es bräuchte nur noch einen einzigen zusätzlichen Klassenraum sowie natürlich – das ist davon unabhängig – die dauerhafte Gewährleistung des ordnungsgemäßen Sportunterrichts in Ullersdorf.

Nun ist aber gerade der von Ihnen zuletzt angesprochene Punkt, die Turnhallenproblematik, sicher der kostenträchtigste. Wäre es denn dann nicht viel vernünftiger, die vorhandene Turnhalle in Großerkmannsdorf zu nutzen und, damit den Kindern die Fahrerei erspart wird, gleich die ganze Grundschule mit nach Großerkmannsdorf zu verlegen?

Ich kann Ihnen nicht genau sagen, wie viel Geld eine Ertüchtigung der Schule in Großerkmannsdorf und ihrer Turnhalle kosten würde und ob dort ohne Anbauten überhaupt alle Grundschüler beider Orte dauerhaft Platz finden würden. Zahlen dazu hat Radeberg nie vorgelegt. Etwas anderes kann ich aber sagen, nämlich, dass es darauf bei der Pflicht zur Einhaltung von Eingemeindungsverträgen nicht ankommt. Das Sächsische Obergericht hat entschieden, dass solche Verträge auch und gerade dann einzuhalten sind, wenn es der Stadt, in die eingemeindet wurde, später nicht mehr zweckmäßig erscheint, etwa aus Kostengründen. In diesem Zusammenhang möchte ich ein Missverständnis gerne vermeiden helfen: Im Vertrag steht nicht, dass Ullersdorf Anspruch auf ein „Millionenprojekt“ hat, auch wenn uns dieses sicher am wirkungsvollsten von allen künftigen Problemen befreien würde. Wohl aber steht drin, dass die Stadt Radeberg das Erforderliche zu tun hat, damit unser Grundschulstandort mit den beiden Ortsteilen als Einzugsbereich auf Dauer gesichert wird. Wie die Stadt das tut, da hat sie ein weites Ermessen, wie wir Juristen sagen. Dass sie es tun muss, und zwar rechtzeitig bis 2015, steht aber außer Frage. Der stattdessen vom Stadtrat gefasste Beschluss, die Schule 2013 zu schließen, ist daher – so hart es klingt – nichts anderes als glatter Vertragsbruch.